

INHALT

1. CDU will mehr Investitionen und weniger Verwaltung
2. CDU kritisiert späte Kurskorrektur des Bildungsministeriums beim Vertretungsfonds
3. CDU: Bafög-Mittel müssen bei den Hochschulen ankommen
4. Regierungsfractionen lehnen A20-Volksinitiative ab
5. Diskussion um Vogelgrippe-Ausbrüche

28.11.2014

CDU will mehr Investitionen und weniger Verwaltung Investitionsquote soll auf 7,8 Prozent steigen



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther und Finanzexperte Tobias Koch

„Die CDU-Fraktion beweist heute, dass im Jahr 2015 mehr Lehrer, mehr Kinderbetreuung, zusätzliche Mittel für Hochschulen und mehr Geld für Straßen gleichzeitig möglich sind.“ Mit diesen Worten stellte Fraktionschef Daniel Günther am Mittwoch (26. November 2014) die Haushaltspläne der Union für das Jahr 2015 vor.

Weniger Verwaltung, mehr Investitionen – so lautet die Kernforderung der Union. Während die Regierungskoalition trotz Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro seit 2012 die Investitionsquote auf ein historisches Tief von 7,1 Prozent herabsenken will, beschreitet die CDU-Fraktion den umgekehrten Weg. Sie will die Investitionen auf über 800 Millionen Euro erhöhen. Um dies zu ermöglichen, will die CDU unter anderem die Verwaltungskosten senken.

Von den zusätzlichen Investitionsmitteln sollen mehr als 100 Millionen Euro den Straßen im

Land zugute kommen. Nach den Plänen der CDU-Fraktion sollen 90 Millionen Euro in die Landesstraßen fließen, weitere zusätzliche 21 Millionen Euro in den Ausbau und die Sanierung der kommunalen Infrastruktur. Mit fünf Millionen Euro soll darüber hinaus der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in die Lage versetzt werden, Planungen laufender und künftiger Bauvorhaben bei Landes- und Bundesstraßen schneller abzuschließen.

Mit Blick auf die Unterrichtsversorgung im Land kündigte Oppositionsführer Daniel Günther an, 200 Lehrerstellen zusätzlich schaffen zu wollen, um den durch die rot-grün-blauen Bildungsreformen dramatisch angestiegenen Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen. Angesichts der derzeit doppelten Abiturjahrgänge wolle die CDU-Fraktion darüber hinaus die Hälfte der vom Bund für die Bafög-Kostenübernahme bereitgestellten 36,4 Millionen Euro an die Hochschulen geben. Nach den Plänen der Regierungskoalition sollen die Hochschulen keinen Cent dieser Mittel sehen.

Mit ihrem Haushaltsantrag setzt sich die CDU-Fraktion weiter dafür ein, den zusätzlichen Personalbedarf bei der Polizei bereitzustellen und die sogenannte strategische Lücke schrittweise zu schließen. Zum Ausbildungsbeginn in 2015 will die CDU 40 zusätzliche Anwärterstellen einrichten. Dies ist der erste von vier Schritten. Insgesamt sollen mittelfristig 160 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgebildet und eingestellt werden.

Alle Mehrausgaben des CDU-Haushaltsantrages seien vollständig und strukturell gegenfinanziert. Darauf wies CDU-Finanzexperte Tobias Koch bei der Vorstellung des Haushaltsantrages hin. Gleichzeitig senke die CDU die Neuverschuldung um 42 Millionen Euro, während die Landesregierung die zusätzlichen Ausgaben mit der Nachschiebeliste über neue Schulden finanziere. SPD, Grüne und SSW planen nach eigenen Angaben, die Nettokreditaufnahme um 19 Millionen Euro zu erhöhen.

„Wer richtige Prioritäten setzt, muss nicht wie Ministerpräsident Albig und seine Finanzministerin Kinderbetreuung und gute Straßen gegeneinander ausspielen“, betonte CDU-Fraktionschef Günther.

Link zum Hintergrundpapier:

http://www.cdu.ltsh.de/media/14-11-26_presseinfo_HH2015.pdf

CDU kritisiert späte Kurskorrektur des Bildungsministeriums beim Vertretungsfonds Zusätzlicher Lehrbedarf durch rot-grün-blaue Bildungsreformen belastet die Schulen

Mit dem herannahenden Winter in Schleswig-Holstein macht sich auch ein erhöhter Krankenstand breit. Besonders zu spüren bekamen das Schülerinnen und Schüler im Kreis Ostholstein. Dort mussten in dieser Woche ganze Grundschulklassen zu Hause bleiben, weil mehrere Lehrer wegen Krankheit ausgefallen waren.

In Schleswig-Holstein gibt es für solche Fälle den Vertretungsfonds, durch den Aushilfslehrer finanziert werden. Nach einer Anordnung durch Ex-Bildungsministerin Wende durften diese Gelder – anders als noch unter der CDU-geführten Vorgängerregierung - nicht mehr ab dem ersten Krankheitstag, sondern erst nach drei Wochen abgerufen werden. Zudem hatten SPD, Grüne und SSW die Mittel für den Vertretungsfonds gekürzt.

Die CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen zeigte sich verärgert, dass das Ministerium erst in der aktuellen Notlage zum Handeln bereit war. „Nur weil zum Ende des Jahres noch Geld übrig ist, wurde diese Regelung nun – ohne Kenntnis des Parlamentes - für die letzten Wochen des Jahres gelockert. Den Rest des Jahres nannte das Ministerium diese Mangelbewirtschaftung

allen Ernstes auskömmlich und jederzeit verfügbar. Man fasst es nicht“, so Franzen. Bis Ende Oktober waren nach Auskunft der Landesregierung erst rund 70 Prozent der Mittel abgerufen worden.

Franzen betonte, dass der durch die von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Bildungsreformen verursachte zusätzliche Lehrerberuf an den Schulen immer spürbarer werde.

„Schüler, Lehrer und Eltern merken, dass immer mehr Unterricht ausfällt. Sie glauben der Stellenschönrechnerei von SPD, Grünen und SSW längst nicht mehr“, so Franzen.

Pressemitteilung Heike Franzen: Weil die Unterrichtssituation besser wird, muss eine erste Klasse zu Hause bleiben?

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-11-26_Pressemeldung_4698.pdf

Pressemitteilung Heike Franzen: Ab dem ersten Krankheitstag muss ein Vertretungslehrer bezahlt werden

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-11-26_Heike_Franzen_4696.html



CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen

CDU: Bafög-Mittel müssen bei den Hochschulen ankommen Hilferuf der Hochschulen deckt Versagen der Landesregierung schonungslos auf

In dieser Woche hat die Christian-Albrechts Universität (CAU) zu Kiel angekündigt, über eine flächendeckende Zugangsbeschränkung nachzudenken. Dies würde bedeuten, dass die durchschnittliche Abiturnote zukünftig für alle Fächer über die Zulassung zum Studium entscheidet. Bisher sind die meisten Fächer noch ohne diese Beschränkung.

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Volker Dornquast, sieht in der Ankündigung der CAU einen Hilferuf an die Landesregierung: „Seit Jahren ist klar, dass die doppelten Abiturjahrgänge an die Unis strömen werden. SPD, Grüne und SSW tun nichts, um unsere Hochschulen zu unterstützen. Im Gegenteil: Diese Landesregierung leitet nicht einmal einen einzigen Cent der Bafög-Millionen weiter“, erklärte Dornquast in Kiel.

Der zuständigen Ministerin sei das Problem offenbar ebenso egal wie den Regierungsfractionen. „Ein Konzept ist nicht bekannt. Bekannt ist allerdings ein zunehmender Mangel an Dozenten und Professoren. Außerdem ist mit größeren Raumproblemen zu

rechnen“, stellte Dornquast klar.

Die CDU forderte SPD, Grüne und SSW erneut auf, die vom Bund bereitgestellten Mittel in wesentlichen Teilen an die Hochschulen weiterzuleiten. „Und zwar für Investitionen und für die allgemeinen Finanzen. Ansonsten werden die Hochschulen die zusätzlichen Studierenden nicht aufnehmen können. Das wäre ein Totalversagen der Landesregierung“, so der CDU-Abgeordnete.

Für die Januarsitzung des Landtages hat die CDU-Fraktion einen schriftlichen Bericht der Landesregierung angefordert.



Volker Dornquast, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Regierungsfractionen lehnen A20-Volksinitiative ab SPD, Grüne und SSW regieren am Bürgerwillen vorbei



CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am vergangenen Mittwoch (26. November 2014) haben die Regierungsfractionen die Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein – A20 endlich fertigstellen“ abgelehnt. 27.895 Bürgerinnen und Bürger hatten sich der Initiative mit ihrer Unterschrift angeschlossen und eine zügige Fertigstellung der Autobahn gefordert.

„SPD, Grüne und SSW haben jede erdenkliche Ausrede für eine Ablehnung vorgebracht. Deutlich wurde dabei nur, dass die Regierungsfractionen die A20 nicht wollen“, erklärte der

wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen. Als Argumente führten die Regierungsfractionen beispielsweise an, dass eine Priorisierung der A20 eine rechtzeitige Fertigstellung des Ersatzbauwerkes der Rader Hochbrücke in Frage stelle.

„Das ist lächerlich“, kommentierte Callsen die Äußerungen aus der Regierungskoalition. „Es handelt sich um völlig unterschiedliche Haushaltstitel. Die A20 ist ein Neubau und haushalterisch anders einzuordnen, als das Ersatzbauwerk der Hochbrücke“, betonte der CDU-Wirtschaftsexperte.

Auch die Behauptung, das Land habe nicht genug Planungskapazitäten, um beide Vorhaben planen zu können, wies Callsen zurück. Er erinnerte an die seit mehr als einem Jahr bestehende Forderung der CDU-Fraktion, die Planungskapazitäten aufzustocken. „SPD, Grüne und SSW wehren sich mit allen Mitteln dagegen. Denn dadurch würde ihnen eine Möglichkeit genommen, wichtige Infrastrukturprojekte weiter zu verzögern“, unterstrich Callsen in Kiel.

Diskussion um Vogelgrippe-Ausbrüche

Landwirtschaftsministerium widerlegt Behauptungen von NABU und Grünen-Politiker



Heiner Rickers, agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Ein Zusammenhang zwischen dem Ausbruch der Vogelgrippe und der Massentierhaltung sei unwahrscheinlich. Dies erklärte das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium in dieser Woche auf Nachfrage des Grünen-Abgeordneten Bernd Voß im Umwelt- und Agrarausschuss. Damit widerlegte das Ministerium Äußerungen des NABU. Dieser hatte Anfang der Woche spekuliert, die Gefahr einer Übertragung des gefährlichen H5N8-Virus gelte lediglich für industrielle Geflügelmastanlagen. Desweiteren hatte der NABU gefordert, kleine Freilandhaltungen von der Stallpflicht auszunehmen. Trotz der detaillierten Ausführungen des Ministeriums ließ es sich der Grünen-Politiker nicht nehmen, die widerlegten Behauptungen des NABU direkt nach der Ausschusssitzung in einer Pressemitteilung zu wiederholen.

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, kritisierte das Verhalten des Grünen-Abgeordneten. „Durch das Wiederholen falscher Behauptungen werden diese nicht richtiger. Das Ministerium hat glaubhaft dargelegt, dass das jetzige Auftreten der Vogelgrippe mit größter Wahrscheinlichkeit über Wildvögel erfolgte“, betonte Rickers.

Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de